

Vorschlag von CDU und GAL an die Initiative WWL Verhandlungsrunde vom 02.02.2010

Voraussetzung für die Einigung auf die folgenden Eckpunkte ist, dass den Schulen und Eltern glaubhaft eine garantierte, abschließende und verbindliche Einführung in Aussicht gestellt wird, dazu gehört der Verzicht auf den Volksentscheid ebenso wie ein parteienübergreifender Konsens, der über diese Legislatur hinausgeht.

Zum Schuljahr 2012/13 ist die Primarschule verbindlich eingeführt.

Zum Schuljahr 2010/11 starten alle Schulen, die Primarschulen werden wollen (2. Tranche) mit der 4. Klasse der Primarschule. Zum Schuljahr 2011/12 folgt die dritte Tranche mit den Schulen, die zu diesem Schuljahr mit der 4. Klasse der Primarschule beginnen wollen. Alle verbliebenen Schulen starten zum Schuljahr 2012/13 mit den 4. Klassen der Primarschule (4. Tranche).

Die Expertenkommission beauftragt eine Evaluation bezogen auf die Inputkriterien (u.a. Klassenfrequenzen, Personalmix, Raumversorgung) für die Gesamtheit aller Primarschulen der 2. Tranche, berichtet über den Sachstand zum Schulhalbjahr 2011/12, nimmt dann die 3. Tranche in die Evaluierung mit auf und berichtet zum Start des Schuljahres 2012/13. Bei Nichterfüllung mehrerer Kriterien schlägt die Expertenkommission mit ihrem Bericht im Frühjahr 2012 Nachsteuerungsmaßnahmen vor sowie ggf. das Verschieben der letzten Tranche für ein Jahr. Der Senat verpflichtet sich, dieser Empfehlung zu folgen.

Qualitätskriterien: Die Initiative kann weitere Kriterien für die Inputevaluation vorschlagen.

Der Vorschlag der Initiative, ob nach wenigen Jahren eine belastbare Output-Evaluation möglich ist, wird geprüft.

Expertenkommission:

Einigung auf 7 Experten, die sich aus ihren Reihen auf eine/n Vorsitzenden einigen. Alternativ: Falls keine einvernehmliche Besetzung der Expertenkommission zustande kommt, schlagen Initiative und Koalition jeweils 3 Experten vor und einigen sich auf eine/n Vorsitzende/n.

Für die Schulinspektion wird ein dreijähriger Turnus umgesetzt.

Zur Schaffung einer größtmöglichen Planungssicherheit für die Schulen bedarf es einer breiten Zustimmung im politischen Bereich. Daher vereinbaren Koalition und Initiative, insbesondere bei in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, für die verbindliche Unterstützung des gefundenen Kompromisses zu werben.